

Sondierungsgespräche zwischen den Parteien

Die Linke, SPD und Bündnis 90 / Die Grünen

Teil IV: Chronologie

Aus Sicht der Linken stellt sich das Scheitern der Sondierungsgespräche als lange vorbereitete und – von Christoph Matschie und seiner Sondierungsgruppe – herbeigeführtes Ereignis dar. Hierzu eine Chronologie.

- 11.9.2007 Beschluss des Landesvorstandes der SPD Thüringen mit dem Titel: „Wir brauchen einen Politikwechsel“; darin die Feststellungen: „Wir wollen 2009 stärkste politische Kraft im Land werden. Eine Koalition mit der Linkspartei wird es nur unter einer sozialdemokratischen Führung geben.“
- Nov. 2007 Richard Dewes auf dem Landesparteitag der SPD: „Durch Matschies Festlegung anderthalb Jahre vor der Landtagswahl sei die SPD chancenlos und ein Politikwechsel im Freistaat schlicht nicht möglich, hatte Dewes erklärt.“ (Zitat: Der Spiegel, 24.32.2008)
- 24.2.2008 Die Urwahl in der SPD Thüringen bestätigt Christoph Matschie mit 71,57 % als MP-Kandidat, was als Bestätigung seiner ablehnenden Haltung gegenüber einer gemeinsamen rot-roten Regierung unter Führung der Partei Die Linke verstanden wird.
- 2009 Während des Landtagswahlkampfes beharrt Christoph Matschie immer wieder darauf, dass er MP werden müsse – und das, trotz des nach allen Umfragen bestätigten dritten Platzes, deutlich hinter CDU und der Linken.
- 30.8.2009 Wahlergebnisse:
CDU: 31,2 %
Die Linke: 27,5 %
SPD: 18,5 %
Bündnis 90 / Die Grünen: 6,2 %
- 2.9.2009 Der Landesvorstand der Linken beschließt, die SPD zu Sondierungsgesprächen einzuladen, um mit einer rot-roten Reformregierung die CDU als Regierungspartei abzulösen. Es wird festgestellt, dass die Gespräche „ohne Vorbedingungen“ stattfinden sollen, d.h. auch: ohne personellen Präferenzen und ohne inhaltliche Ausschlüsse.
- 3.9.2009* Erläuterung des Beschlusses „ohne Vorbedingungen“ mit der SPD zu verhandeln gegenüber Medien/ Öffentlichkeit. Bodo Ramelow erklärt, dass ein Politikwechsel nicht an seiner Person scheitern wird.
- 4.9.2009 Beginn der Sondierungsverhandlungen zwischen Linke und SPD:
- Verabredung des Verfahrens
- Es wird festgehalten, dass die Gespräche „ohne Vorbedingungen“ geführt werden sollen
- Beschluss: zur Bildung einer stabilen Regierung sollten die Grünen eingeladen, an der Regierung teilzunehmen
- Festlegung der Themen, an diesem Tag keine inhaltliche Diskussion
- 9.9.2009 Erstes gemeinsames Gespräch zwischen Linke, SPD und Grünen:
- Verabredung des Verfahrens
- Grüne formulieren ihre Bedenken, nur als Mehrheitsbeschaffer zu dienen

- Linke betont, dass die Grünen grundsätzlich gleichberechtigt seien und man ihnen auf gleicher Augenhöhe begegne
 - Die Grünen fordern eine gemeinsame Aufarbeitung der Vergangenheit ein, Die Linke ist dazu bereit
 - Das nächste Gespräch wird auf einen Tag nach dem parteirat der Grünen verlegt, weil diese am 18.9.2009 erst über die gemeinsamen Sondierungen mit SPD und Grünen beschließen müssten.
- 14.9.2009 Der Landesgeschäftsführer der SPD, Jochen Staschewsky, begründet in einem Mitglieder-Brief an seine Genossinnen und Genossen, warum eine Regierung mit der Linken eigentlich nicht möglich ist. Obwohl konstatiert wurde, dass die Entscheidung in und für Thüringen getroffen würde, beziehen sich die Ablehnungsgründe nur auf Politikfelder, die mit aktueller Landespolitik nichts zu tun haben (Europa, Auslandseinsätze, Vergangenheit.) Gleichzeitig wird in diesem Brief wieder einmal der – anhand des Wahlergebnisses und dem Beschluss, eine Regierung auf gleicher Augenhöhe zu führen nicht nachvollziehbare – Anspruch erhoben, die Regierung müsse unter der Führung der SPD gebildet werden.
- 17.9.2009** Bodo Ramelow erklärt bei einem Pressefrühstück öffentlich seine Bereitschaft auf den MP-Posten zu verzichten. Damit wird die Aussage vom 3. September, dass ein Politikwechsel nicht an seiner Person scheitern wird, nochmals bestätigt.
- 18.9.2009 Parteirat der Grünen bestätigt Aufnahme der Sondierungsgespräche
- 19.9.2009 Katrin Göring-Eckhardt bestätigt in den Medien sowohl die Aufnahme der Sondierung, aber auch ihre Skepsis gegenüber SPD und Linke sowie die Ablehnung von Ina Leukefeld als Delegationsmitglied
- 21.9.2009 Gespräch zwischen Linke, SPD, Grüne in Linderbach– Fortsetzung der Verfahrensdiskussion, Einladerin: Die Linke
Obwohl Die Linke zu diesem Gespräch eingeladen hat und auf Anfrage der SPD eine Diskussion unter Ausschluss der Grünen zu Differenzen zwischen SPD und Linken abgelehnt hat, bestellt die SPD die Grünen für eine halbe Stunde später. Die Linke wird bei ihrem Eintreffen davon überrascht, dass die Grünen nicht anwesend sind. Die Grünen zeigen sich anschließend in der Presse empört über diese Ausladung.
- nachfolgend: Die Signale, die an Die Linke gesendet werden, heißen: Die anderen wollen abrechnen, suchten aber mit Der Linken einen Sündenbock. (Keine Akzeptanz eines linken MP, trotz übergroßer Stimmenmehrheit dieser Partei, Skandalisierung der Person Ina Leukefeld, Unterstellung, Die Linke habe sich bislang nicht mit ihrer Vergangenheit auseinandergesetzt.)
Daraufhin beschließt die Delegation der Linken eine Sondierungsrunde, die auch bundespolitische Themen ins Gespräch bringt, um das politische Verständnis bei der drohenden schwarz-gelben Bundesregierung zu eruieren.
- 23.9.2009 Sondierungsrunde zwischen Linke, SPD, Grüne:
Die bundespolitische Diskussion verläuft schwierig. Nach einer Pause wird sich darauf geeinigt, dass nur die Punkte behandelt werden, die zu den an diesem Tag angesetzten Themen gehören. Hier werden zahlreiche Übereinstimmungen festgestellt.
Auch für diese Sondierung ist – wie schon bei vorangegangenen – ein viel zu enger zeitlicher Rahmen vorgesehen. Es gibt also keine Möglichkeit, die inhaltliche Debatte zu verlängern. (Zeit: 12 – 14.45 Uhr)
Es wird vereinbart, dass die Grünen bis zum 28.9.2009 ein Papier zur Vergangenheit vorlegen, das Grundlage einer gemeinsamen Präambel sein kann.

- 25.9.2009 Sondierungsgespräch zwischen Linke, SPD und Grünen. Dieses Mal ohne zeitliche Beschränkung.
Es werden insgesamt neun Themen – mehrheitlich im Konsens – besprochen. Die Partei DIE LINKE übergibt ihre Beschlusslage und sämtliche Unterlagen auf der Landesebene zur Vergangenheitsbewältigung an die Sondierungspartner. (siehe Anlage)
- 29.9.2009 Die Grünen übergeben der Sondierungsgruppe der Linken ein Papier zum Thema Vergangenheit
- 29.9.2009 Matschie erklärt Verzicht auf MP mit der Auflage, dass der Führungsanspruch bei der SPD läge
- 30.9.2009 Letztes Sondierungsgespräch zwischen Linke, SPD, Grünen. Auch hier wieder: enge zeitliche Vorgabe bis 13 Uhr. (Das Gespräch endet um 13.10 Uhr)
- Das Thema Vergangenheit wird einvernehmlich behandelt. Der vorgelegte Text der Grünen wird als Grundlage für die Erarbeitung einer Präambel eines gemeinsamen Koalitionsvertrages akzeptiert.
 - Inhaltliche Diskussion zu den Themen Arbeit, Inneres, Kommunales. Hier tragen v.a. Linke und Grüne zu der inhaltlichen Diskussion bei. Die SPD beschränkt sich auf wenige Beiträge und stellt überall Dissense fest.
 - Die Personaldebatte wird zur Gretchenfrage
- Am 30.9. forderte die SPD ab:
Führung der Koalition
Prinzip „SPD-MP“
(paternalistischer Ansatz der SPD „die Befindlichkeiten der anderen würden selbstverständlich von ihr berücksichtigt)
- 30.9.2009 / 21.30 Uhr Der Landesvorstand der Grünen beschließt die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit SPD und Linken. Dieser Beschluss wird den Delegationen von SPD und Linke – mit telefonischer Ankündigung – zugestellt. (Mail-Eingang 21.54 Uhr)
- Hierin betonen sie, dass Die Linke beim Thema Vergangenheit große Schritte auf sie zugetan hätten. Als Erwartungen werden zwei Punkte formuliert:
- SPD und Linke sollen bis zum Wochenende formulieren, was sie unter „gleicher Augenhöhe“ verstehen – wie die Grünen in eine Regierung gleichberechtigt eingebunden werden könnten
 - Die SPD solle eine konkrete Person für das Amt des / der MP benennen.
- 1.10.2009, kurz nach Mitternacht Der Landesvorstand der SPD tritt an die Presse und verkündet die Aufnahme der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und CDU mit einer Stimmenmehrheit von 18 zu 6.

*, **: Dank eines freundlichen Hinweis des Mitlesers Volkhard Paczulla wurden die Notizen zu diesen beiden Terminen am 10.10.09 konkretisiert. Die entscheidende Aussage von Bodo Ramelow, dass ein Politikwechsel nicht an seiner Person scheitern wird, war allerdings auch bereits vor etwa einem Jahr in der TA zu lesen. Sie war also weder am 3.9. noch am 17.9. wirklich neu.